



Regenden Worten die Preisbildung durch erhebliche Maßnahmen in bestimmten Grenzen gehalten wird. Aufgabe der Arbeiterklasse kann nur sein, die Folgen dieser Entwicklung von sich abzuwälzen, indem sie dafür sorgt, daß die Kaufkraft ihrer Löhne in Übereinstimmung mit den Preisen bleibt, solange sie nicht imstande ist, durch Sozialisierung der Wirtschaft eine prinzipiell andere Regelung der Warenverteilung herbeizuführen. Unter den jetzigen Übergangszuständen bleibt die gesetzliche Garantierung des Reallohnes für die Arbeiterklasse ein wichtiges Mittel, die fortwährende, aus der Entwertung des Geldes automatisch folgende Verschlechterung ihrer Lebenshaltung abzuwehren.

Eine solche gesetzliche Regelung würde aber der Arbeiterklasse außer der Sicherung ihrer Lebenshaltung noch andere Vorteile bringen. Kommt es zu einer solchen Regelung nicht, so wird die Arbeiterklasse in fortwährende Lohnkämpfe verwickelt, die nur zur Abwehr der Verschlechterung ihrer Lebenshaltung geführt werden müssen. Diese Kämpfe werden verschieden sein von Beruf zu Beruf, zeitweise auch von Ort zu Ort. Das bedeutet eine außerordentliche Zersplitterung der ganzen Arbeiterbewegung und ihre Erfüllung mit rein materiellen Interessen. Also eine weitere Entsolidarisierung. Denn eine Forderung nur mit den dringenden Bedürfnissen beschäftigte Arbeiterklasse hat keine Zeit zur Erkämpfung großer revolutionärer Ziele.

Die Befürchtung aber, daß die Stellung der Gewerkschaften in gewissermaßen werden könnte, wenn diese unmittelbaren Lohninteressen durch die gesetzliche Regelung zurückgedrängt würden, ist gleichfalls unzutreffend. Denn es handelt sich ja nur darum, der Arbeiterklasse Stämme zu erproben, die sie sonst unangesehen gegen die Erniedrigung ihrer Löhne führen würde. Diese gesetzliche Regelung hat also auch nichts zu tun mit dem System der geistigen Produktionszweigen, das vor Jahren in England in gewissen Produktionszweigen Geltung hatte und das darin bestand, daß z. B. mit dem Ansteigen der Kohlenpreise die Löhne in die Höhe getrieben wurden und mit dem Sinken der Preise auch die Löhne sanken. Durch dieses System wurde ein Teil des Misserfolgs des Unternehmens auf die Arbeiterklasse abgewälzt.

Wir aber verlangen, daß mit der Erhöhung der Preise der notwendigen Lebens- und Verbrauchsmittel ein Anstieg auf die Löhne erfolgt, damit der Reallohn nicht ein Opfer der Inflation wird. Es bleibt außerdem über der gewerkschaftliche Kampf um Erhöhung der Grundlöhne. Die Kraft der Organisation kann gerade unter dem Säug der gesetzlichen Garantierung des Reallohnes zur Angriffsbewegung zurückgenommen werden. Dazu kommt, daß die sonst nötigen ständigen Verhandlungen mit den Unternehmern über die Anpassung der Löhne an die gestiegene Lebenshaltung wegfallen werden, die heute eine so wesentliche Stütze der Stellung der Arbeitergemeinschaften bedeuten.

Wenn deshalb auch mit einem starken Widerstand der Unternehmer gegen eine solche gesetzliche Festlegung des Reallohnes gerechnet werden. Sie durchzuführen, wird es nicht nur der Kraft der Gewerkschaften bedürfen, sondern auch eines weitwärtigen politischen Kampfes. Es ist klar, daß es sich dabei nicht um einen Teilkampf handelt. Denn unser Ziel ist nicht eine Reform des Lohnsystems, sondern seine Beseitigung durch den Sozialismus. Aber indem wir diesen Kampf um den Säug gegen die Vereinerlichung der Massen führen, indem wir ihnen durch die Tat beweisen, daß wir nicht nur ihre Zukunftsinteressen, sondern ebenso ihre Gegenwartinteressen vertreten, sammeln wir immer größere Teile des Proletariats um unsere Partei und stärken damit unsere revolutionäre Kampfkraft. Und indem wir den Massen zeigen, daß die Aufrechterhaltung des Kapitalismus sie zu ständigen Kämpfen zwingt, die nicht einmal eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen Lage, sondern nur die Abwehr einer weiteren Verschlechterung bedeuten, führen wir sie zur Erkenntnis, daß nur die Überwindung des kapitalistischen Systems durch die Eroberung der politischen Macht und die Sozialisierung der Produktion mittels der Diktatur des Proletariats sie aus dem Elend befreien kann, in das sie der Kapitalismus erneut zu verstricken droht.

## Weitgehende Übereinstimmung.

Das Blatt der Schwereindustrie, die „Post“, drückt weiter seine Zufriedenheit über die Zusammenkunft der Industriellen mit dem Reichspräsidenten aus, und meldet zugleich die Ansprüche der Industriemagnaten an, indem es schreibt:

Wir möchten hoffen, daß das wirkliche Ergebnis der Besprechung nicht in dieser agitatorischen Phrase (dem Vorwurf einseitiger Interessentendruck) D. Reib., sondern in dem mehrständigen Gedankenanstrengung zu suchen ist, der die dringendsten Einzelfragen unserer augenblicklichen Wirtschaftslage behandelt, und von dem es heißt, daß dabei eine weitgehende Übereinstimmung zutage getreten sei.

„Weitgehende Übereinstimmung“ heißt im Jargon der Unternehmer: Verbindung der Regierung mit der Großindustrie zur Anhebung der industriellen Arbeiterklasse. Es wird damit voll und ganz bestätigt, was wir in unserer heutigen Morgenausgabe über diese Dinge sagten.

## Der Zusammenritt der Preussischen Landesversammlung.

Wie bekannt, hatten unsere Genossen Adolph Hoffmann und Dr. Rosenfeld die sofortige Einberufung der preussischen Landesversammlung gefordert, und zwar wegen des drohenden Konflikts in der Eisenbahnerbewegung. Herr Leinert läßt sich nun vernehmen, daß er mit dem fraktionsvorsitzenden Verbänden angeknüpft hat, um ihre Meinungen zu vernehmen. Wenn es „wichtige politische Ereignisse innerpolitischer Art“ erfordert, soll die Landesversammlung vor dem 21. Januar zusammentreten.

Unseres Erachtens sind wichtige, innerpolitische Ereignisse genügend auf der Tagesordnung, die eine sofortige Einberufung der Landesversammlung rechtfertigen. Die Eisenbahnerbewegung und die Ernährungsfrage sind brennende Probleme, mit deren Behandlung man nicht erst zu warten braucht, bis sich die Verhältnisse außerordentlich zugespitzt haben.

## Mangelhafte Logik.

Die „Berliner Volkszeitung“ sagt darüber, daß die Versicherungsangelegenheiten zum Streit begriffen haben, um den Unternehmern begünstigt zu machen, „daß die Zeiten von Anno dazumal, wo die Gehälter von 60 bis 120 M. pro Monat im Schwange waren, endgültig vorüber sind“. Es müßten, meint das Blatt, heute andere Möglichkeiten gefunden werden, um — unter Vermittlung von Streiks — den Angestellten ein angemessenes Einkommen zu garantieren. Die „Volks-Zeitung“ empfiehlt folgende Maßnahme:

Der Reichsarbeitsminister hätte es, unseres Erachtens, in der Hand gehabt, es nicht erst zum Streit kommen zu lassen. Auf die widerspenstigen Herren des Gewerbes würde ein scharfer Ton und die Androhung von besonderen Maßnahmen ganz bestimmt förderlich gewirkt haben. Zu einem entschlossenen Vorgehen in dieser Richtung scheint es uns auch jetzt noch nicht zu spät zu sein, wo alle Kräfte darauf hingelenkt müßten, den Rechtskampf zu beenden und am Verhandlungstisch zu Hande zu kommen.

Aber das ist doch eben das Genie, berechnete „Volks-Zeitung“, daß es diese Regierung niemals wagen wird, einen „scharferen Ton“ gegenüber den Herren des Gewerbes“ anzuschlagen. Ihnen gegenüber kennt sie nur eifertige Dienstfertigkeit, während sie sich die „Androhung von besonderen (oft sogar von ganz besonderen) Maßnahmen“ für die Arbeiter und Angestellten vorbehält. Alles, was auf dem Gebiete der Sozialpolitik getan wird — viel ist es ohnehin nicht, denn es wird meist mehr unterlassen — geschieht auf das Diktat der Unternehmer. Und es ist danach.

Aber man sagt zu Unrecht über „widerspenstige Herren im Gewerbe“, wenn man sich, wie die „Volks-Zeitung“ bei anderen Gelegenheiten zum Spruchrohr der Wünsche dieser Herren macht, wenn man, wie bei dem Betriebsratsgesetz, mit dafür sorgen läßt, daß die „Herren im Gewerbe“ eben — Herren im Gewerbe, Alleinherrscher im Betrieb bleiben. Und weil die Haltung

der durch eine solche Besse gehalten Regierung eine so einseitige ist, darum ist es um so notwendiger, daß die Tätigkeit der Selbsthilfe der Arbeiter und Angestellten unbeschnitten bleibt.

## Vor der Ratifikation.

Paris, 9. Januar (Havas)

In der Kommission der allierten und deutschen Sachverständigen unter Vorsitz von General Peron scheint ein Abkommen über die Einzelheiten des Inkrafttretens des Friedensvertrages zustande gekommen zu sein. Die Grundfragen werden schriftlich niedergelegt und dem Obersten Rat unterbreitet werden, der sich Freitag vormittag unter dem Vorsitz Clemenceaus versammelt. Es ist wahrscheinlich, daß Lloyd George England und Ritti Italien in dieser Sitzung des Obersten Rates vertreten werden. Clemenceau Lloyd George und Ritti werden außerdem Besprechungen mit den Delegierten der Vereinigten Staaten abhalten als Fortsetzung der in London begonnenen über die Fragen von Plume, der Türkei und der Türkei.

## Sonnabend endgültiger Friedensschluß.

Paris, 8. Januar (Havas).

Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird am Sonnabend, den 10. Januar im Ministerium des Äußeren stattfinden. Ingleich wird dem Herrn v. Persner ein Schreiben Clemenceaus wegen des abzugebenden schwebenden Materials übergeben werden. Die Vertreter der Mächte, die den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben, werden der Unterzeichnung des Protokolls beiwohnen.

Paris, 9. Januar (Havas)

Lloyd George, Ritti und Clemenceau hatten gestern Abend ihre erste Zusammenkunft. Mit dem auf das Inkrafttreten des Friedensvertrages folgenden Tage, also Sonntag, werden die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen werden. De Moxellin wird nach Berlin abreisen, wo er Frankreich als Geschäftsführer vertreten wird, und Freiherr v. Persner wird zweifellos Polnens sein Beglaubigungsschreiben unterbreiten.

## Kollisions Ende.

Paris, 9. Januar.

Reuter erklärt, daß die Armes Kollision als militärischer Fehler nicht mehr existiere. Die Tschechen und andere Truppenteile, die sich längs der transsibirischen Bahn aufhielten, haben unterwegs verschiedene Zusammenstöße mit den Bolschewisten gehabt.

## Amerikanisch-Japanische Aktionen in Sibirien.

London, 9. Januar.

Die Agentur Havas benimmt aus autoritativer japanischer Quelle, daß bis jetzt auf die japanischen Vorschläge, bezüglich der sibirischen Politik noch keine Antwort aus Washington empfangen ist. Der japanische Botschafter in Washington, der kürzlich Lanjing besuchte, wurde unterrichtet, daß noch kein Beschluß gefaßt sei.

Nach den letzten Berichten aus japanischer Quelle sind die japanischen Kräfte in Sibirien nicht vergrößert worden. Die japanischen und amerikanischen Truppen erreichen die transsibirische Bahn von Irkutsk bis Wladiwostok.

Der verschwundene Brief. Der Abgeordnete Davidson hat kürzlich einen Brief veröffentlicht, den sein Parteigenosse B. an ihn gerichtet hatte und worin gesagt worden war, daß ein von B. an Scheidemann in Sachen Eliaz gerichteter Schreiben aus den Akten der Reichskanzlei verschwunden sei. Herr Scheidemann teilt nunmehr dem „Vorwärts“ unter Nennung des vollen Namens des Briefschreibers, eines Herrn Baruch, mit, daß er diesen Brief deshalb nicht zu den Akten geben habe, weil er als streng vertraulich bezeichnet worden war. Scheidemann habe Eliaz aufgefordert, sich zu den darin enthaltenen Beschuldigungen zu äußern. Der Parteivorsitzende hat die Aufforderung des Baruch zu erwidern. — Aus diesen Mitteilungen geht wenigstens so viel hervor, daß die Freunde des Herrn Eliaz es den Gerichten überlassen wollen, Aufklärung zu schaffen, und daß ihnen nicht viel daran gelegen ist, innerhalb ihrer Partei für die Säuberung des Saustalles zu sorgen.

## Euer Hüller.

Ihr werdet es nicht glauben — in der kaisertreuen Provinz eilen die Kriegervereine ihre alten geschlagenen Trommeln, die ältesten Niedermaße fliegen auf, man will Menschen tanzen, Wahlen werden erwartet, ihr kommt lange warten, alle Erinnerungen werden geweckt, die Herzlichkeit des Reiches wird heraufbeschworen — aber laßt sie reden, denkt an Hüller.

Wir haben alle irgend einmal diesen Hüller gesehen, heute trägt er Treppen, morgen Achselklappe, heute leintet Eisen, morgen zwei Eisen. Hühnerfleisch stand der gewählte Affe da, hatte hundert tausend „Kameraden“, welche mit ihm anstehen. Wenn sie auch an die „große Zeit“ erinnern, denkt daran, wenn sie von gemeinsamen Leiden sprechen, erinnert euch.

Ein Fall kam ans Licht. Tausend andere Fälle woher im Dunkel, glühen im Gedächtnis, erwachen, umsonst gekittet, umsonst verdeckt. Von einem Fall sprach alle Welt, Tausend andere Fälle passieren ins Nichts. Tausend Schandthaten sind nach dem Gesetz nicht einmal strafbar. Wer will nachweisen, daß sie dich nur bewegen auf den gefährlichen Pfad schieden, weil du eine Waise getragen hast, unmerklich schienst und unbeliebt warst — wer will ihnen nachweisen, daß sie mit dem Gedulden spielten, offensichtlich würdest du fallen — du kannst den Verdacht aussprechen, du kannst recht haben, aber du kannst es nicht beweisen. Aber wer wird Rechenschaft fordern? Wer spricht für jene Scharen von tausend und abertausend Angehörigen, welche durch den Feind in eigenen Lager fallen? Wer denkt noch an sie? Und wer vergilt Fußtritte, Faustschläge, Beschimpfungen, Hohn und Spott?

Ihr habt nicht einmal den Hunden Trost, daß ihnen das Gewissen klagen wird. Sie haben kein Gewissen.

Einem unschuldigen Juden riefen sie einmal ins Gesicht: „Weißt du, was das ist, damit du verreckst.“ (Zum Dank gibt man sich heute viel Mühe, nachzuweisen, daß möglichst viele Juden für ein „Vaterland“, das sie „geliebt“ haben, das aber sie nicht geliebt hat, geopfert worden sind.)

Ja wann werdet ihr endlich zur Einsicht kommen, daß es wirklich keine Ehre war in dieser Kammer zu dienen und daß die lieben Betrüger nichts als eine unaufrichtige Karren gewirten sind?

Und wenn sie euch ins Ohr flüstern, euch schmeicheln, euch „Kameraden“ schimpfen, denkt an euren Hüller . . . Kurt Reichen.

## Radetten.

Nun haben wir die Volkshochschule Groß-Berlin, die morgen in der neuen Aula der Universität eröffnet wird. Wir haben die Akademie. Wir haben die freie Hochschulgemeinde des Bundes für proletarische Kultur. Aber wo bleiben die Radettenhändler, diese Brutstätten bornierten Hassendünfels, diese Pfingstalten militärischen Geistes, der uns den Weltkrieg bescherte und seinen glorieusen Ausgang? Ihr wünscht sie zum Teufel? Nein, sie dürfen nicht sterben. Eine Rettungsoption wird geplant. Und weil heute doch alles Militärische aus ententeistischen Gründen ein großes Präzedenz umgehängt bekommt (Polizeitruppen, Einwohnervorposten usw.), soll jetzt die Hauptabteilung als „Höherer Polizeivorgangsbereich“ konfiszieren und finanziert werden. Wir haben es ja dazu. Ein „privates Kuratorium“, dem — na schiebt — ganz zufällig auch Vertreter der Militärgeist und des Deutschen Offiziersbundes angehören, will Kapitalien aufbringen, um der Regierung die schwere Finanzlast zu erleichtern. Die Herrschaften wissen, warum sie sich und den anderen diese Zukunftslosigkeiten kosten lassen. Angehörig haben auch zwei der „herausragendsten Reichssozialisten“ (wir raten auf Noth und Heine) das Vernehmen dieser Beschreibungen vollkommen anerkannt, den Fintel ins Kuratorium aber bekommen. Bei einer Eingabe für die Richterlicher Hauptabteilung haben aber auch Reichssozialisten unterzeichnet. Von hat schon mehr als vier Millionen für den ersten Zweck dieser lobethischen Militarisierung des jungen Deutschland zusammengetragen. — Es ist dafür gesorgt, daß nicht nur die Godecogner Radetten unerschrocken sind, auch der deutsche Räder nicht seinen Deutnant ewig treu.

Soziale Bühne. Zur Aufführung des sozialen Schauspiels „Kulturfeinde“ von Hugo Peteren hat sich eine Gesellschaft gebildet, welche dieses Stück zunächst in Berlin am 15. Januar im Theaterfool der Wühlowbräuerel, dann in anderen Sälen, später in der Provinz auf die Bühne bringen wird. In dem Schauspiel werden soziale Fragen dramatisch behandelt.

## Das Pferd.

Von Erich A. Schmidt.

Am der Straßenkrugung sehen die Menschen geküßt; die Trommler sind in langer Parade aufgezogen. Gehen jedes aufgeregt. Stimmen schreien kreuzweis durcheinander. Erregung hat viele Gesichter rot gemacht. Ein Arbeiter sagt: „Ich habe das Schreien drei Wochen weit gehört!“ Was geschah?

Ein Pferd ward von einer Trombahn erfasst, nichts weiter, o nein. Sed ihr alle denn immer noch nicht angeklumpt? Denkt: Millionen Menschen! Millionen Bürgerkrieg und Bruder mord. Und hier: Ein Pferd. Ein Tier. Und ihr alle? Ja, auf manchen Gesichtern ist geistliches Erschrecken. Nicht! Was regnet vor euren Augen? Das Blut gemeiner Kreatur? Und ihr best? Sehen will ich, was eure Augen sahen. Sehen will ich den Grund eurer Erschütterung. Himmelt ihr, Frauen? Wartet ihr nicht hinhin, eine graumolle Eniglat lang? Laßt mich hindurch. Ob —

Verstümmeltes Tier. Die Beine gebrochen zwischen den Hauern. Die Schenkel zerlegt. Rot verquollen die Risse des Fells. Aus dem After bricht Blut. Die Pfannen guden flodernd.

Aber die Augen, die großen, qualzerzessenen Augen sind eines Menschen Augen, den ein verflannter Teufel bei lebendigem Leibe zerlegt. Das Maul, mit kängenden Beinen, bleibt stumm. Aus der Schamun hervor gleitet ein ein wilder weicher Schrei.

Seine Beine krümmen sich verkrampft im Sand. Ich habe die Faust, um mir Halt zu geben. Rummelt mein Mund, dumpf, monoton: „Armes Tier. Armes Tier.“

Die Welt läuft kreidend um mich her, indes ich den Rücken an einen Laternenpfahl presse. Eine sonnige Wiege breitet sich vor mir aus, darauf ein Hüllen kängelnd um die Pferdewulst springt. Seht, die Hinterbeine kriegen drohlich hell empor. Ein lächerlicher Uebersehungs Schüttel den jungen unaufrichtigen Kopf. Der geküßte Schweif katztet heraus in grünen Wiesenwind. . .

Auf langer Sandstraße kniet ein Postwagen dem Abend entgegen. Der Pferdewulst, zur Seite des Weibchens, nicht schwer im Sand. Aber der Reiter flucht und läßt die Peitsche wirbeln. Ihre Spitze nicht wie ein Dorn. Wie eine Weigel, die das Tier durch die Zahne hindurch von Arbeit erweist, dem Hüll



